

Der lange Kampf ums richtige Schreiben

Der Kampf für und gegen die Rechtschreibreform im deutschsprachigen Raum hat eine lange Geschichte: Eine Chronik der Auseinandersetzung.

1901: Eine "Orthografische Konferenz" in Berlin legt für Schulen eine einheitliche Rechtschreibung fest. Das Wörterbuch des Lehrers Konrad Duden gilt als verbindlich.

1992: Nach vielen gescheiterten Anläufen, das Schreiben zu vereinfachen, legen Sprachwissenschaftler aus Deutschland, Österreich und der Schweiz einen weiteren Vorschlag zur Neuregelung vor.

Juli 1995: Das Regelwerk wird veröffentlicht. Landespolitiker erheben Einspruch gegen einzelne Wortschreibungen.

Dezember 1995: Die Kultusminister stimmen einer überarbeiteten Fassung zu.

6. Oktober 1996: Rund 100 namhafte Schriftsteller fordern auf der Frankfurter Buchmesse den Stopp der Reform. In neuerschienenen Wörterbüchern sorgen Widersprüche für Verwirrung.

29. Juli 1997: Das Verwaltungsgericht Wiesbaden gibt dem Eilantrag eines Vaters gegen den Unterricht nach den neuen Regeln statt. In der Folge entscheiden zahlreiche weitere Verwaltungsgerichte teils für, teils gegen klagende Eltern.

20. Oktober 1997: Niedersachsen setzt den Unterricht nach den neuen Regeln aus, weil das Obergericht Lüneburg die Einführung der Reform ohne Gesetz für rechtswidrig hält.

Januar 1998: Die Mannheimer Kommission schlägt einige Änderungen vor, um Ungereimtheiten zu beseitigen. Die Kultusminister lehnen ab.

3. Juni 1998: In Schleswig-Holstein haben Reformgegner über 220.000 Unterschriften gesammelt und so einen Volksentscheid erzwungen.

14. Juli 1998: Das Bundesverfassungsgericht sieht keinen Verstoß gegen Grundrechte; die Reform kann wie geplant am 1. August in Kraft treten.

1. August 1998: Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg führen die neue Rechtschreibung im öffentlichen Dienst ein.

27. September 1998: Die Wähler von Schleswig-Holstein entscheiden sich bei einer Volksabstimmung mit 56,4 Prozent gegen die neuen Rechtschreibregeln.

24. März 1999: Das Bundesverwaltungsgericht weist die 1997 eingereichte Klage eines Berliner Schülers ab und läßt die neuen Schreibregeln damit auch in der Hauptstadt zu.

29. März 1999: Das Verwaltungsgericht Schleswig-Holstein weist die Klage des Elmshorner Vaters auf Einführung der Reform zurück.

16. Und 19. Juli 1999: In Mecklenburg-Vorpommern und Bremen werden Volksbegehren gegen die Rechtschreibreform eingeleitet.

1. August 1999: Die Rechtschreibreform wird bei den deutschen Nachrichtenagenturen und damit auch im Zeitungswesen verbindlich eingeführt.

26. Juli 2000: Ein Jahr nach In-Kraft-Treten der Rechtschreibreform kehrt mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) eine der renommiertesten deutschen Tageszeitungen zur alten Rechtschreibung zurück. Schriftsteller begrüßen den Schritt.

1. Oktober 2000: Der Deutsche Hochschulverband kehrt in seinem gesamten Schriftverkehr sowie mit der Zeitschrift "Forschung & Lehre" ebenfalls zur bisherigen Rechtschreibung zurück.

4. Juni 2004: Beschluß der Kultusministerkonferenz: Vom 1. August 2005 an gilt in den Schulen grundsätzlich die neue Rechtschreibung. Mit dem Ende der bis dahin laufenden Übergangsfrist treten nur noch geringfügige Änderungen in Kraft.

13. Juni 2004: Politiker von CDU und FDP schließen sich der Forderung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff an, die Rechtschreibreform abzuschaffen.

17. Juni 2004: Auch Kulturstaatsministerin Christina Weiss spricht sich für eine Änderung aus.

26. Juli 2004: Die Bundesregierung wendet sich gegen Bestrebungen mehrerer unionsregierter Länder, die Rechtschreibreform zu kippen.

6. August 2004: Die Axel Springer AG und der Spiegel-Verlag kehren zur alten Rechtschreibung zurück.

Artikel erschienen in Süddeutsche online am 6. August 2004